

Regionalbüro Koblenz

Kornfortstraße 15

56068 Koblenz

hier über: Egbert Bialk, tel 0261-94249638

e.bialk@t-online.de

Presseinformation, 15. März 2022

Landschaftsverbrauch im Kreis Neuwied muss gestoppt werden BUND sprach mit Anwohnern, Landwirten und Initiativen in Straßenhaus und Puderbach

Seit Monaten regt sich Widerstand in der Bevölkerung gegen Bauplanungen im Kreis Neuwied, die immer mehr naturnahe Landschaft zerschneiden und landwirtschaftliche Flächen versiegeln sollen. Grund sind mehrere Dutzend Bebauungspläne der Kommunen, eine vom Landrat angestrebte deutliche Ausweitung von Gewerbegebieten und der ungebremste Weiterbau von Bundesstraßen durch den Naturpark. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND hat darum bei einigen besonders kritischen Projekten ablehnende Stellungnahmen eingebracht und nun vor Ort mit Betroffenen diskutiert.

Erste Station der Exkursion der BUND-Gruppe war das geplante Baugebiet „In der Lanebach“ westlich angrenzend an die Ortslage unterhalb des Hügels „Mousemich“. Zunächst viel kleiner geplant, sollen hier nun in einem Zuge 53 Wohnhäuser nach derzeitiger Planung entstehen. Volker Born, direkter Anwohner und Aktiver einer Bürgerinitiative beschrieb die befürchteten negativen Auswirkungen: „Aufgrund der Versiegelung und des Talkessels werden wir bei Starkregen noch größere Probleme mit der Entwässerung bekommen. Bereits jetzt sind zuletzt Gullydeckel hochgekommen und Keller liefen voll. Man muss jedoch letztendlich abwarten, wie die Neuplanung aufgrund der Stellungnahmen der Behörden und Bürger aussieht, die man versprochen hat, in einer Bürgerversammlung mit uns zu besprechen. Ein Gespräch mit dem Planer hat vor kurzem stattgefunden. Es geht uns vor allem um die Größe des Neubaugebietes sowie das Fehlen eines Verkehrskonzepts. Zwei enge Wohnstraßen sollen den gesamten zusätzlichen Verkehr tragen. Anscheinend sind auch Teile des Gemeinderates erstaunt über die geplante Größe gewesen“, so Born.

Egbert Bialk, Regionalbeauftragter im Landesvorstand des BUND, wies darauf hin, dass der gültige Flächennutzungsplan teilweise missachtet wird, ebenso der baugesetzliche Vorrang „innen vor außen“ und die Bevölkerungsprognosen des Statistischen Landesamtes von stagnierenden bis bald fallenden Einwohnerzahlen ausgehen. „Das Baugebiet ist völlig überdimensioniert und verschlingt mehrere Hektar landwirtschaftliche Fläche. Das widerspricht auch dem Hochwasserschutz“, so Bialk. In der Diskussion mit den Anwohnern und einigen Kommunalpolitikern wurde der Ruf nach zumindest einer deutlichen Reduzierung der Baufläche laut.

Eine ähnliche Problematik dann in Straßenhaus: Auch hier soll im Ortsteil Jahrsfeld eine große Landwirtschaftsfläche durch ein weiteres Wohngebiet überbaut werden. Insgesamt 70 Häuser sind von der Gemeinde geplant, obwohl es innerorts ca. 100 Baulücken gibt. Trotzdem ist der Grunderwerb bereits erfolgt. In arge Not bringen die vielen Flächenverluste die Landwirtschaft rund um Straßenhaus. Das Gebiet ist landwirtschaftliche Vorrangfläche und wichtig für den Anbau der Futter- und Lebensmittel sowie den Boden- und Gewässerschutz.

Dies gilt auch für die ausufernden Gewerbegebiete und Ortsumgehungen entlang der Bundesstraße 256. Herbert Krobb, Vorsitzender der Bürgerinitiative, kämpft mit weiteren Anwohnern für einen Verzicht auf die Umgehung der B 256 und hat eine Tunnellösung auf der bestehenden Trasse eingefordert. Die Planung hält er für anachronistisch: „Früher hat man die Straße auf der Hochfläche angeordnet und ans Gelände angepasst. Jetzt muss man das Tal Richtung Niederhonnefeld dreispurig mit langen Gefälle- und Steigungsstrecken von bis zu 6,5% sowie einer teuren Talbrücke und gewaltigen Erdbewegungen überwinden. Das Naherholungsgebiet wird zerschnitten, und 80 ruhig gelegene Wohnhäuser bekommen einen Erdwall vor die Nase. Sie und die Schule und die Kita werden ständigem Lärm und Feinstaub-Immissionen ausgesetzt, um etwa 30 ältere Häuser und ein Gewerbegebiet zu schonen.“

Der BUND hat hier ebenfalls massive Bedenken eingebracht, auch aus Klima- und Landschaftsschutzgründen. „Das Klima, der Boden und zahlreiche Schutzgüter sind unausgleichbar beeinträchtigt. Wenn der Verkehrsminister hier nicht einlenkt, werden wir wohl juristisch vorgehen müssen“, kündigt Egbert Bialk an. „In Wirklichkeit geht es gar nicht um eine Entlastung des Ortes sondern um die Schaffung eines flotten Autobahnzubringers für Neuwied und eines breiten Korridors mit einem Gewerbegebiet nach dem anderen. Eine enkeltaugliche Zukunftsplanung sieht anders aus.“



Foto (von Elisabeth Bröskamp):

Bürgerinitiative und BUND während der Begehung der geplanten Straßentrasse zwischen Straßenhaus und Niederhonnefeld. Dem Wald, Höllsbach und Grünland drohen erhebliche Schäden. Im Bild (v.l.): Stephan Gärtner, Herbert Krobb, Karl-Heinz Vetterlein, Jutta Vetterlein, Ingelore Krobb von der BI, Egbert Bialk, Andreas Klein, Torsten Garate vom BUND, Uwe Bröskamp (BI) und Gisela Heimen (BUND).